

HEILBRONNER FRIEDENS RAT



***Nein zu Kriegen – Aufrüstung stoppen
Zukunft friedlich und gerecht gestalten***

Der Heilbronner Friedensrat ruft auf zur Kundgebung gegen die Kriege in der Ukraine, im Nahen Osten, in Syrien und gegen Kurd*innen sowie weltweit.

Am Freitag 24.11.2023

Um 17 Uhr

Auf dem Bollwerksplatz in Heilbronn

Redner*innen:

Brigitte Klein, Lehrerin in Heilbronn

Andreas Springer-Kieß, Betriebsrat Post

Gülistan Ates, kurdisches Gesellschaftszentrum Heilbronn

Nein zu Kriegen – Aufrüstung stoppen – Zukunft friedlich und gerecht gestalten

Die Gefahr einer Ausweitung der Kriege in der Ukraine und in Israel bis hin zu einem Atomkrieg wächst von Tag zu Tag. Täglich sterben unschuldige Menschen. Wir sind besorgt um unsere Zukunft, die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder. Wir brauchen eine Kultur des Friedens und eine gemeinsame Sicherheit.

Anstatt auf Deeskalation und Diplomatie zu setzen, liefert die Bundesregierung immer mehr Waffen und rüstet massiv auf. Große Teile der Politik und Medien militarisieren die Gesellschaft. Erstmals wird Deutschland das Zwei-Prozent-Ziel (nach NATO-Kriterien) erreichen. Mit 85,5 Milliarden Euro sind die Militärausgaben 2024 die größten seit Bestehen der Bundesrepublik. Das Gesundheitswesen, die Infrastruktur, Unterstützung für Kinder und bezahlbare Mieten, Bildung, Wissenschaft und Ausbildung sind dagegen durch dramatische Mittelkürzungen bedroht. Für immer mehr Menschen zeichnet sich eine soziale und ökonomische Katastrophe ab.

Wir verurteilen den russischen Einmarsch vom 24.2.2022 in die Ukraine. Wir verurteilen auch die vorangegangenen Vertragsbrüche und nicht eingehaltenen Zusagen der NATO-Staaten. Der fürchterliche Terrorüberfall auf Israel durch die Hamas rechtfertigt nicht die Tötung Tausender Zivilisten im Gazastreifen.

In der Ukraine, in Russland, in Israel und in Palästina fordern wir einen sofortigen Waffenstillstand und Verhandlungen statt weiteren Eskalationen.

Wir fordern von der Bundesregierung ein Ende der ungehemmten Aufrüstung sowie eine sofortige Vermittlung für Waffenstillstand und Friedensverhandlungen. Sie muss eigene diplomatische Initiativen entwickeln und bestehende Friedensvorschläge unterstützen – besonders die des globalen Südens.

In der kommenden Woche soll im Bundestag der Haushalt für 2024 beschlossen werden. Wir fordern die Abgeordneten dazu auf, die Rüstungsausgaben von 85,5 Mrd € abzulehnen. Stattdessen brauchen wir Investitionen in Wohnungen, in die Verkehrswende, für die Schulen und in Kindergärten.

Es gibt keinen Grund, sich von der Entspannungspolitik zu distanzieren. Das Versagen liegt vielmehr darin, dass sie 1990 nicht zur Leitidee des neuen Europas weiterentwickelt wurde. Wir treten ein für eine neue Entspannungspolitik und für Rüstungskontrolle und Abrüstung.

- Die Waffen müssen schweigen. Verhandlungen und Diplomatie sind das Gebot der Stunde.
- Waffenexporte und Eskalationspolitik verschärfen Kriege und Krisen und verlängern sie.
- Abrüstung! Ausgaben für das Militär senken, Milliarden in soziale Ausgaben investieren.